14. Begeht der Erwerber einer, wie er wußte, von seinem Vor-
manne mittels strafbarer Handlung erlangten Sache Fehlerei, wenn
er sich zum Erwerbe nur durch Furcht bestimmen ließ, später aber
die Sache für sich verwendete?

St.G.B. § 259.

IV. Straffenat. Ur. v. 13. Juni 1911 g. G. IV 347/11.

I. Strafkammer bei dem Amtsgericht Waldburg.

Gründe:

Der Revision der Staatsanwaltschaft konnte Erfolg nicht zuteil
werden.

Nach den im Urteile getroffenen Feststellungen hat der An-
geklagte G. von dem Mitangeklagten M. ein Stück Fleisch von

einem, wie er gesehen hatte, kurz vorher durch M. und P. gewilderten Reue nur angenommen, um den ihm als gewalttätig bekannten M. los zu werden, da ihm das Alleinsein mit M. in der verschlossenen Stube unheimlich war. Hiermit ist festgestellt, daß G. bei der Annahme des Fleisches lediglich aus dem von der Strafkammer angegebenen Beweggrunde gehandelt hat.

Zum Tatbestande der Sachfehlerei genügt es nicht, daß der Täter bezüglich einer mittels strafbarer Handlung erlangten Sache eine der in § 259 St.G.B.'s angeführten Handlungen vornimmt, sondern er muß dies „seines Vorteils wegen“ getan haben. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, an der auf dem Boden des jetzt geltenden Strafgesetzes festzuhalten ist, braucht der erstrebte Vorteil allerdings kein vermögensrechtlicher zu sein (vgl. Entsch. in Straff. Bd. 4 S. 48). Allein es kann auch nicht jedes persönliche Interesse, welches den Beweggrund bildet, als ein Vorteil im Sinne des § 259 angesehen werden. Die Entscheidung in dieser Richtung gehört dem tatsächlichen Gebiet an. Im vorliegenden Falle hat der Angeklagte nach der Feststellung der Strafkammer sich zur Annahme des Fleisches durch Furcht bestimmen lassen, ohne damals bereits die Absicht der Verwendung des Fleisches für sich gehabt zu haben. Wenn das Gericht bei dieser Sachlage annimmt, daß der Angeklagte das Fleisch nicht „seines Vorteils willen“ angenommen habe, so ist dies rechtlich nicht zu beanstanden. Ebensowenig sind rechtliche Bedenken dagegen geltend zu machen, daß die Strafkammer in der Verwendung des Fleisches, zu der G. sich später entschloß, kein nochmaliges „Ansiehbringen“ erblickt hat. Die von der Staatsanwaltschaft vertretene Ansicht, die Handlung der Aneignung brauche nicht notwendig mit der Absicht zusammenzufallen, daraus Vorteil zu ziehen, und deshalb sei die Anwendbarkeit des § 259 dadurch nicht ausgeschlossen, daß G. erst nachträglich den Entschluß gefaßt habe, das Fleisch für sich zu verwenden, kann nicht als richtig anerkannt werden. Der Tatbestand der Fehlerei im Sinne des § 259 kann nur durch eine der darin bezeichneten Handlungen verwirklicht werden, nämlich durch ein „Ansiehbringen“, wozu auch Ankauf und Zumpfundenehmen gehören, durch Verheimlichen und durch Mitwirken zum Abfage bei anderen. Diese Handlungen erschöpfen den Tatbestand der Sachfehlerei. Das „Ansiehbringen“ der Sache setzt voraus, daß

der Täter die Verfügungsgewalt über sie durch Übertragung seitens eines anderen erlangt (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 9 S. 199, Bd. 18 S. 303, Bd. 20 S. 209, Bd. 39 S. 365). Ein solches hat hier bei der Verhandlung des G. mit M. stattgefunden. Mag G. dabei auch nur aus Furcht gehandelt haben, so hat er doch nach der Feststellung der Vorinstanz entsprechend dem Willen des M., ihm das Fleisch zu überlassen, dieses angenommen und damit in seine Verfügungsgewalt gebracht. Solange diese fortbestand, konnte ein nochmaliges „Ansiehbringen“ des Fleisches im Sinne des § 259 seitens des G. nicht stattfinden. Der Tatbestand der Sachhehlerei hätte deshalb durch G. während des Fortbestehens seiner durch das „Ansiehbringen“ erlangten Verfügungsgewalt über das Fleisch nur noch durch Vornahme einer der Handlungen, welche in § 259 neben dem „Ansiehbringen“ genannt sind, verwirklicht werden können, also durch Verheimlichen oder durch Mitwirken zum Absatze bei anderen. Solche Handlungen aber sind nicht festgestellt.

Die Strafkammer hat hiernach rechtlich nicht geirrt, wenn sie die Anwendung des § 259 St.G.B.'s auf den von ihr als erwiesen erachteten Sachverhalt, dessen Richtigkeit in tatsächlicher Beziehung in der Revisionsinstanz nicht zu prüfen ist, für ausgeschlossen erachtet hat.

Da der festgestellte Sachstand auch die Anwendung einer anderen Strafvorschrift nicht rechtfertigt, war die Revision, entsprechend dem Antrage des Ober-Reichsanwalts, zu verwerfen.